

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XXII/4

Bonn, den 5. Januar 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 1a	<u>Im Dienste der Friedenssicherung</u>	75

Ziele der europäischen Sozialdemokratie

Von Günter Markscheffel, z.Z. Rom

2 - 3

Die SPD gibt neue Impulse

92

Etappe eines langen Weges

Von Dr. Gerhard Brückner, Regensburg

4

Erbschaft des Dritten Reiches

43

Eine neue Prozeßwelle läuft an

5

Außenpolitische Themen im französischen Wahlkampf

47

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

+ + +

Im Dienste der Friedenssicherung

Ziele der europäischen Sozialdemokratie

Von Günter Markscheffel, z.Z. Rom

Das erste Treffen der sozialdemokratischen Parteiführungen in diesem Jahr stand im Zeichen zahlreicher politischer Veränderungen, die seit 1966 die Aktionen und das Bild der sozialdemokratischen Parteien in Europa heute prägen.

In der Bundesrepublik ist die SPD jetzt Regierungspartei. In Österreich wurde die SPÖ in die Opposition verwiesen. In Finnland sind die Sozialdemokraten stärker als zuvor und in Italien haben sich die Sozialisten mit den Sozialdemokraten zu einer Partei vereint; auch hier nehmen sie an der Regierung teil.

Die britische Labour-Party hat kraftvoll die Staatsführung übernommen, während in den skandinavischen Ländern einige Einbußen registriert werden mußten. Zwar stellen in Schweden und in Dänemark die Sozialdemokraten die Regierungschefs, in Norwegen jedoch wurden sie abgelöst. Die französische Partei bereitet sich auf einen harten Wahlkampf zu den Parlamentswahlen im März vor.

Im Mittelpunkt der Beratungen in Rom standen - außer den Situationsberichten über die Tätigkeit der einzelnen Parteien - Probleme der Währungsstabilität und des Wirtschaftswachstums. In allen Ländern des freien Europa zeigt sich trotz teilweise unterschiedlicher Entwicklungen, daß die moderne Industriegesellschaft nicht mehr nach den Prinzipien einer unkontrollierten Liberalisierungspolitik in Takt gehalten werden kann. Währungsstabilität und Wirtschaftswachstum können heute nur garantiert werden, wenn die Regierungen ihre Haushaltspolitik mittel- und langfristig anlegen und wenn über die nationalen Grenzen der einzelnen Länder hinaus ein System des ökonomischen und monetären Ausgleichs an die Stelle einer national egoistischen Wirtschaftspolitik gesetzt wird.

Die Konferenz konnte in diesem Zusammenhang feststellen, daß auch nichtsozialistische Regierungen diesem Gesetz unterworfen sind; andernfalls müssen sie mit Finanz- und Wirtschaftskrisen rechnen, deren Opfer naturgemäß in erster Linie die produktiv tätigen Gruppen der Völker sind.

Starke Beachtung fand das erneute Bekenntnis des britischen Außenministers George Brown zur Frage des Beitritts Großbritanniens zur EWG. Von großer Bedeutung waren auch die Berichte der Parteiführer über die Bemühungen der sozialdemokratischen Parteien um eine Entspannungspolitik in Europa. Der SPD-Vorsitzende, Bundesaußenminister Willy Brandt, betonte, es sei die vornehmste Aufgabe der sozialdemokratischen Parteien, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um als Friedensfaktor in der internationalen Politik zu wirken. Abrüstungsmaßnahmen müßten mit dem Ziel der Gleichwertigkeit in West und Ost angestrebt werden, da einseitiges Vorgehen zu neuen Spannungen und dadurch zu einer Gefährdung des Friedens führen würde.

Übereinstimmend wurde die Meinung vertreten, daß die Veränderungen in den kommunistischen Parteien registriert werden müßten, wobei die Problematik von möglichen Kontakten nur im Sinne der klaren Abgrenzung des demokratischen Sozialismus von den Ideen und der Praxis des Kommunismus gesehen werden kann. Grundlage der Gespräche über dieses Thema war ein Vortrag des Präsidenten der Sozialistischen Internationale, Bruno Pittermann, der auf die Notwendigkeit einer permanenten Überprüfung der unterschiedlichen Entwicklungen in den kommunistischen Parteien verwiesen hatte.

In zahlreichen Einzelgesprächen am Rande der Konferenz von Rom hat der SPD-Vorsitzende Willy Brandt die Ziele der neuen Bundesregierung dargelegt. Bei einem Treffen mit dem italienischen Außenminister Panfani sagte Brandt die Unterstützung der deutschen Regierung zur Realisierung einer italienischen Anregung zu, die das Ziel hat, den europäischen Nachholbedarf auf den Gebieten der Technologie und des Forschungswesens zu befriedigen. Brandt vertrat hierbei die Auffassung, daß alle in der OECD bereits zusammenarbeitenden Staaten in einem ständigen Erfahrungsaustausch ihre Forschungsergebnisse ergänzen und gemeinsam in die Praxis umsetzen sollten.

Obwohl bei der Konferenz in Rom keine die sozialdemokratischen Parteien bindenden Beschlüsse gefaßt wurden, ergab sich doch in der Darstellung ihrer Aufgaben eine weitgehende Übereinstimmung der Meinungen und Absichten. Allein diese Tatsache läßt erkennen, daß der demokratische Sozialismus - unabhängig von seiner Position in der praktischen Politik der einzelnen Länder - heute ein starkes Element der Sicherung der Freiheit und des Friedens sowie des allgemeinen Fortschritts ist. Immer deutlicher zeigt es sich, daß die Grundideen des demokratischen Sozialismus auch von jenen politischen Kräften übernommen werden, die auf der nationalen Ebene z.T. als Gegner der sozialdemokratischen Parteien auftreten.

Starke Beachtung fand das erneute Echo des britischen Außenministers George Brown zur Frage des Beitritts Großbritanniens zur EWG. Von großer Bedeutung waren auch die Berichte der Parteiführer über die Bemühungen der sozialdemokratischen Parteien um eine Entspannungspolitik in Europa. Der SPD-Vorsitzende, Bundesaußenminister Willy Brandt, betonte, es sei die vornehmste Aufgabe der sozialdemokratischen Parteien, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um als Friedensfaktor in der internationalen Politik zu wirken. Abrüstungsmaßnahmen müßten mit dem Ziel der Gleichwertigkeit in West und Ost angestrebt werden, da einseitiges Vorgehen zu neuen Spannungen und dadurch zu einer Gefährdung des Friedens führen würde.

Übereinstimmend wurde die Meinung vertreten, daß die Veränderungen in den kommunistischen Parteien registriert werden müßten, wobei die Problematik von möglichen Kontakten nur im Sinne der klaren Abgrenzung des demokratischen Sozialismus von den Ideen und der Praxis des Kommunismus gesehen werden kann. Grundlage der Gespräche über dieses Thema war ein Vortrag des Präsidenten der Sozialistischen Internationale, Bruno Pittermann, der auf die Notwendigkeit einer permanenten Überprüfung der unterschiedlichen Entwicklungen in den kommunistischen Parteien verwiesen hatte.

In zahlreichen Einzelgesprächen am Rande der Konferenz von Rom hat der SPD-Vorsitzende Willy Brandt die Ziele der neuen Bundesregierung dargelegt. Bei einem Treffen mit dem italienischen Außenminister Fanfani sagte Brandt die Unterstützung der deutschen Regierung zur Realisierung einer italienischen Anregung zu, die das Ziel hat, den europäischen Nachholbedarf auf den Gebieten der Technologie und des Forschungswesens zu befriedigen. Brandt vertrat hierbei die Auffassung, daß alle in der OECD bereits zusammenarbeitenden Staaten in einem ständigen Erfahrungsaustausch ihre Forschungsergebnisse ergänzen und gemeinsam in die Praxis umsetzen sollten.

Obwohl bei der Konferenz in Rom keine die sozialdemokratischen Parteien bindenden Beschlüsse gefaßt wurden, ergab sich doch in der Darstellung ihrer Aufgaben eine weitgehende Übereinstimmung der Meinungen und Absichten. Allein diese Tatsache läßt erkennen, daß der demokratische Sozialismus - unabhängig von seiner Position in der praktischen Politik der einzelnen Länder - heute ein starkes Element der Sicherung der Freiheit und des Friedens sowie des allgemeinen Fortschritts ist. Immer deutlicher zeigt es sich, daß die Grundideen des demokratischen Sozialismus auch von jenen politischen Kräften übernommen werden, die auf der nationalen Ebene z.T. als Gegner der sozialdemokratischen Parteien auftreten.

## Die SPD gibt neue Impulse

---

### Etappe eines langen Weges

Von Dr. Gerhard Brückner, Regensburg

Als die SPD sich dazu durchgerungen hatte, in das Kabinett Kiesinger einzutreten, wurde die Meinung geäußert, daß sich die Erhardparteien nur aus ihrer Verantwortung für unaufschiebbare Steuererhöhungen herauswinden wollten, die der CSU-Chef noch im Bayernwahlkampf verdammt hatte. Aber die Entwicklung der letzten Wochen zeigt, daß sich die SPD ihrer Verantwortung bewußt und bestrebt ist, frühere Fehler der Bonner Regierungspolitik sich nicht wiederholen zu lassen.

Der Versuch, das von Professor Schiller verwaltete Wirtschaftsministerium zu verkleinern, konnte durchkreuzt werden. Seiner Forderung, den Leichnam des Bundeshaushalts 1966 auf den Seziertisch zu legen, mußte auch der neue Finanzminister zustimmen, der schließlich sich vereidigen ließ, ohne vorher die gewünschte Blankovollmacht erhalten zu haben.

Es wird daher im Jahre 1967 anstelle eines hemmungslosen Wettlaufs der Interessenverbände die sachliche Auseinandersetzung über die Finanzprobleme innerhalb des Ministerrats treten, wo die Vorstellungen der SPD nicht so einfach niedergestimmt werden können, wie einst im Bundestag.

Seit 1930 war die deutsche Sozialdemokratie in die Opposition gedrängt worden, obwohl ihr das Verdienst zugefallen war, das von Sog der Oktoberrevolution erfaßte und in Versailles gedemütigte Reich aus dem Strudel der Aufstände gerettet zu haben. Das Blutbad der faschistischen Diktaturen hätte ihr nach dem Zweiten Weltkrieg wieder die Rolle der Regierungspartei zugewiesen, weil sie in erster Linie legitimiert erschien, die Mauer von Haß und Unverständnis abzubauen, welche sich seit 1933 aufgetürmt hatte.

Aber in der Politik gibt es keine Dankbarkeit; wie ein Winston Churchill auf der Höhe des Erfolges seiner antideutschen Konzeption von den britischen Wählern abberufen wurde, so entschied sich das westdeutsche Parlament mit einer Stimme Mehrheit für Konrad Adenauer. Es gab damit den Kurs frei, der erst von der späteren Geschichte endgültig auf seine Richtigkeit - als Entscheidung für die westliche Bündnispolitik, gegen die Alternative der neutralen Rückversicherung - beurteilt werden kann. Die Frage ist heute: Sind die Chancen gewachsen, daß das vorwärtsdrängende Element der deutschen Linken durch die Koalition mit der CDU-CSU auf den künftigen Weg unseres Volkes endlich wieder Einfluß nehmen kann?

Bisher kamen die Christdemokraten bei jeder Bundestagswahl damit zum Erfolg, daß sie dem Wähler eine Warnlampe aufsteckten, die Lage sei noch nie so ernst wie jetzt. Kämen die Sozialdemokraten an die Macht, würden sie uns um das Vertrauen des Auslandes bringen und ihre sozialen Vorstellungen durch erhöhte Ausgaben zu verwirklichen suchen. Und was zeigt sich schon in den ersten

Wochen der beiderseitig auf Zeit berechneten Vernunftstehe? Willy Brandt hat der Bundesrepublik erstmals seit Jahren in Paris und Brüssel wieder Resonanz verschafft.

Es war keine leichte Erbschaft, die er übernommen hat. Niemand in der Welt ist nämlich daran interessiert, uns durch die Wiedervereinigung zum mächtigsten Staat Europas und zur vielleicht größten Handelsmacht anwachsen zu lassen. Nur über eine Entspannung kann dieses heiße Eisen angefaßt werden.

Zum Unterschied der bisherigen Gepflogenheiten dürfen wir von den neuen Sachkennern erwarten, daß sie versuchen werden, weniger zu verschleiern, als zum Kern der Dinge vorzustoßen. Das gilt auch von der Notwendigkeit, innenpolitische Kompromisse anzubahnen. Der Haushalt des Bundes muß geordnet werden. Es geht nicht so sehr um die kleinen Unschönheiten, wie jene lumpige halbe Million DM, die man sich in den Ministerien für Kaffee- und Kuchenpausen bewilligt hat. Vielmehr muß das magische Viereck der Wirtschaftsförderung ausbalanciert werden: Vollbeschäftigung, Preisstabilität, außenwirtschaftliches Gleichgewicht und angemessene Einkommensverteilung.

Die Gegenwart läßt oft bezweifeln, daß die Lebenschancen unserer Gesellschaft von sozialer oder gar christlicher Humanität bestimmt sind: die Betriebstreue älterer Angestellter wird oft durch mitleidlose Kündigung schlecht gelohnt, das Vertrauen ostbayerischer Gemeinden in die Investitionszusagen durch die Auflassung von Zweigbetrieben einer Mantelfirma erschüttert, die bei den Schwächsten spart. Der Anteil der aus Kleinhandwerklichen und Arbeiterfamilien stammenden Hochschulstudenten ist auf fünf Prozent gesunken. Das sind Beispiele einer sozialen Rangordnung, welche die Menschheit nicht als brüderliche Familie bewertet, in der jeder Notleidende der "Nächste" ist.

Während die Zonenbewohner eine gräßliche Neuauflage des preußischen Obrigkeitsstaates mit neuen Herrschern ertragen müssen, haben wir nach dem Grundgesetz uns das Ziel gesteckt, den freien Sozialstaat zu gestalten. Die Vorbedingungen haben eine ganze Generation von treuen Weggenossen der SPD geschaffen, die mit ihrem eigenen sozialen Aufstieg die Masse der früher Entrechteten zur modernen technischen Konsumgesellschaft emporgetragen hat. Damit ist aber der Weg der Partei nicht beendet, weil sie eben das mahnende Gewissen in unserem Volk gegen privilegierte Sozialfaktoren und die Antriebskraft einer wahrhaft nationalen Politik bleiben muß, die uns aus der Kettenreaktion zweier Weltkriege herauszuführen hat. So kann die Teilnahme der SPD an der Bundestherapie als die Etappe eines langen Weges verstanden werden, um nach einem Wort Willy Brandts "nicht alles anders, aber vieles besser zu machen, als die CDU/CSU".

## Erbschaft des Dritten Reiches

### Eine neue Prozeßwelle läuft an

sp - Bei den Oberstaatsanwaltschaften in der Bundesrepublik sind gegenwärtig rund 350 Staatsanwälte tätig, um gegen Gewaltverbrecher aus der nationalsozialistischen Zeit zu ermitteln. Es kann noch nicht sicher gesagt werden, ob bis zum Schluß der verlängerten Verjährungsfrist am 31. Dezember 1969 alle damals begangenen Verbrechen entdeckt werden. Man kann aber wohl davon ausgehen, daß der überwiegende Teil bis dahin ans Licht kommt und die Verjährungsfrist durch einen Rechtsakt zumindest unterbrochen wird.

Besonders schwierig wird es sein, die erst 1964 zutage gekommenen Verbrechen aufzuklären, welche die deutsche Zivilverwaltung selbst in den Ostgebieten, und da vornehmlich in Polen, durchführen ließ. Hier haben die Staatsanwaltschaften Arbeitsgemeinschaften gebildet, um ein vollständiges Bild besonders über die Tätigkeit der Kreishauptleute zu erhalten. Inzwischen liegen Listen mit über 1.000 Namen vor. Die schwierigen Komplexe der Zuständigkeiten, Unterstellungsverhältnisse und Verantwortlichkeiten sind zu klären. Eine Serie von bösen Prozessen bahnt sich an.

Es ist Eile geboten. Sonst besteht die Gefahr, daß nach Schluß der Verjährungsfrist plötzlich in der Bundesrepublik Leute auftauchen, die man bislang nicht entdeckte und die für die Massentötung von Juden, Russen oder Polen verantwortlich gewesen sind. Es wird höchste Zeit, daß den Staatsanwaltschaften in der Bundesrepublik die Unterlagen auch aus den Dokumentenzentralen des Ostblocks und Mitteldeutschlands zur Verfügung gestellt werden. Der dienstliche Verkehr zwischen den Justizbehörden hüben und drüben sollte zur Aufhellung all dieser Fälle schneller und reibungsloser verlaufen. Möglicherweise kommt man hier schneller voran, wenn nach den Handelsvertretungen der Bundesrepublik auch juristische Fachleute in den Hauptstädten des Ostblocks stationiert werden, noch bevor die Frage des Austausches diplomatischer Vertretungen geregelt ist.

Auf die Bundesrepublik Deutschland kommt ferner eine wichtige Entscheidung zu. Von ihrer Lösung hängt zum Teil das Ansehen Westdeutschlands im Ausland ab. In den Vereinten Nationen steht eine Deklaration zur Beschlußfassung an, wonach es keine Verjährung für Verbrechen gegen die Menschlichkeit, für Kriegsverbrechen oder Verbrechen wider den Staat geben soll. Das innerdeutsche Recht kennt aber die 20-jährige Verjährung - oder die jetzt verlängerte - als festen Bestandteil. Wenn die Staaten der Welt aufgefordert werden, die UN-Deklaration zu unterzeichnen, wird Bonn vor der Frage stehen, ob nun die Verjährung für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit nur von jetzt ab gelten soll. Oder will man die zur Zeit verlängerte Verjährungsfrist gemäß der UN-Deklaration überhaupt aufheben?

## Außenpolitische Themen im französischen Wahlkampf

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Wahlflieber beherrscht Frankreich, obgleich die Neuwahl des Parlaments erst im März stattfindet.

Außenpolitische Themen stehen im Mittelpunkt der Kampagne. Typisch war kürzlich ein öffentlicher Disput im Französischen Rundfunk. Die Führer der vier größten französischen Parteien nahmen Stellung: der Gaullist Baumel, der Linksdemokrat Mitterrand, der Zentrumsmann Lecanuet und der KPF-Chef Rocket. Fünf Themen standen zur Debatte:

1. Vietnam. Alle vier Parteiführer sind überzeugt, Frankreich habe in der Wiederherstellung des Friedens in Indochina "eine Rolle" zu spielen. Lecanuet meint, Paris soll "vermitteln". Mitterrand hält de Gaulles Appell in Pnom Penh "psychologisch nützlich, aber politisch zwecklos". Die Kommunisten unterstützen vorbehaltlos de Gaulles Vietnankurs.
2. Europa. Linksdemokraten und Zentrum sind für westeuropäische Integration. Gaullisten und Kommunisten hingegen sind "für immer engere wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit aller europäischen Länder".
3. Atlantikpakt. Alle vier Parteiführer sind (zweifellos im Einklang mit den meisten Franzosen) für eine Revision des Atlantikpaktes. Dabei unterscheidet man hier zwischen NATO und Atlantikpakt. Die Gaullisten lehnen die NATO ab, nicht aber den Atlantikpakt. Linksdemokraten und Zentrum sind für "Anpassung" des Paktes an die neue Lage. Die Kommunisten betrachten ein Bekenntnis zum Atlantikpakt nicht mehr als Hindernis für eine "Einheitsfront" oder "Volksfront".
4. Deutsche Wiedervereinigung. Gaullisten, Linksdemokraten und Zentrum sind für die demokratische Wiedervereinigung in den gegebenen Grenzen, d.h. für die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie. Diesen letzten Punkt bejahen auch die französischen Kommunisten, erklären sich aber zugleich für eine "schrittweise Annäherung und Zusammenarbeit in einer Konföderation mit Wiedervereinigung als Endziel". UNR-Generalsekretär Baumel machte folgende Einschränkung: Die Wiedervereinigung sei nur "in einem Klima der Entspannung und Annäherung zwischen Ost und West möglich".
5. Frankreichs "Weltsendung" wurde von den vier Parteiführern einstimmig bejaht. Zweck: "Weltfrieden". Über Mittel und Wege ist man sich allerdings nicht einig.

Die Ähnlichkeit der Argumente frappiert den Beobachter. Es ist also durchaus nicht so, daß de Gaulles außenpolitische Vorstellungen eine persönliche Kaprixe wären, die mit dem General-Präsidenten eines Tages begraben werden könnten. Wesentliche Züge der gegenwärtigen Außenpolitik gab es bereits in der 4. Republik und wird es auch in der 6. Republik geben. Mehr noch, die französische Linksoption betrachtet eine Reihe von Punkten der aktuellen Außenpolitik als ihr "geistiges Eigentum", von de Gaulle übernommen und sozusagen "usurpiert". So kommt es, daß die Gaulle in einen beträchtlichen Teil seiner Außenpolitik auf Unterstützung der sonst oppositionellen Parteien zählen kann.